Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bel ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. ~~100~~ 99 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Montag, den 2. Mai | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident empfing den Reichskanzler zum Bericht über den Verlauf der Genfer Ministertagung.

* Eine steuerfreie Millionenanleihe zur Beschaffung der Mittel für die Arbeitsbeschaffung plant die Reichsregierung.

* Um das bestehende Lohnsystem aufzulockern, hat der Zechenverband die Lohnordnung im Ruhrbergbau gekündigt.

Parteiaufmarsch in Frankreich.

Wenn der französische Ministerpräsident Tardieu in verschiedenen Wahlkampfreden es nicht an mehr oder weniger scharfen „Spitzen" gegen Deutschland fehlen ließ und schließlich bei seiner letzten Wahlpropaganda sich sogar eine Verdächtigung gegen die Festigkeit der deutschen Währung leistete, so kann man wohl schon aus dem Auftreten dieser „offiziellen" Persönlichkeit einige Rückschlüsse darauf ziehen, wie und mit welchen Argumenten die anderen, weniger prominenten Wahlredner in Frankreich gearbeitet haben. Für Tardieu, den Führer einer politisch rechts eingestellten Kammermehrheit, die seit dem Rücktritt Herriots die parlamentarische Verantwortung trug, war und ist innenpolitisch die Sozialistische Partei der Gegner gewesen, war es auch vor den Wahlen und bleibt es, bis am 8. Mai, dem Tage der Stichwahlen, die endgültige Entscheidung darüber fällt, wie sich die neue Deputiertenkammer zusammensetzen wird. Dabei spielte der Hinweis darauf eine nicht unerhebliche Rolle, daß die sozialistischen Parteien in England und in Deutschland politisch abgewirtschaftet und darum bei den verschiedenen Wahlen große Verluste erlitten hätten. Aber in Frankreich liegen die Dinge doch insofern anders, als hier die Sozialistische Partei den eigentlichen Kern der Opposition darstellt, während die mehr zur Mitte gehörenden Radikalsozialisten meist eine oft bis zur „Tolerierung" gehende Stillhaltung gegenüber den verschiedenen Kabinetten der letzten vier Jahre beobachteten. Die jetzt eines natürlichen Todes verstorbene Deputiertenkammer hatte überhaupt eine stärkere Tendenz nach rechts, während ihre im Jahre 1924 gewählte Vorgängerin eine Linksmehrheit ergeben hatte, so daß — allerdings nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit — auch das Linkskabinett Herriot das Steuerruder des französischen Staates führen konnte. Die wirtschaftlichen und namentlich die Währungsverhältnisse, die nach einer gründlichen Reform geradezu schrien, haben dann aber ein Konzentrationskabinett, die „Union sacrée", die „heilige Einigung" erzwungen, so daß das Ministerium Herriot nur eine heute halbvergessene Episode geblieben ist.

Herriot selbst hat sich seitdem politisch stark nach rechts hin entwickelt, und wir Deutsche wissen aus zahlreichen seiner Reden nur allzu genau, daß sich seine außenpolitischen Ansichten, namentlich die über die Tribut- und Kriegsschuldenfrage, doch nur in Nuancen von der Politik der Laval, Tardieu, Briand usw. unterschieden hat. Das zu zeigen hat er besonders vor einem Jahre nicht versäumt, als der deutsch-österreichische Zollunionsplan die Wogen der Erregung in Frankreich hochpeitschte. Herriot hat in betont scharfer Weise sich damals mit der antideutschen Politik Laval-Briands identifiziert, und zwar in Formen, die recht vielen Deutschen erst die Augen über Herriot geöffnet haben; denn bei uns betrachtete man ihn in weiten Kreisen als den Mann, der für eine wirkliche deutsch-französische Verständigung eintreten würde. Das muß gerade jetzt wieder als ein großer Irrtum bezeichnet werden. Kurz vor dem ersten Wahlgang hat er es in einer Rede zwar noch heftig beklagt, daß die Welt in den letzten vier Jahren sich mehr und mehr von dem Friedensdiktat entfernt habe, — aber auch er verlangt ausdrücklich eine Stabilisierung des von den „Friedensverträgen" 1919 geschaffenen Zustandes in Europa durch Einführung und Einfügung von „Garantien". Also von festen Bündnissen zwischen den Nutznießern dieser „Friedensverträge". Das ist ein seit 1919 immer wieder angestrebtes Ziel der französischen Politik gewesen, und da führt eine gerade Linie von Clemenceau-Poincaré-Briand-Tardieu zu Herriot.

Ebenso sprach dieser angeblich oder offiziell politisch „links" eingestellte Mann über die Pflicht Frankreichs, die „verbrieften Rechte" zu wahren, also nichts oder doch grundsätzlich nichts von dem aufzugeben, was der Youngplan an Rechten dem französischen Staat zuspricht. Das hat er auch noch in der großen Rede ganz unzweideutig erklärt, die er beim Amtsantritt des Kabinetts Tardieu in der Kammer gehalten hat, im Wahlkampf hat er das alles mit der gleichen Deutlichkeit wiederholt. Und uns Deutsche kann in der Beurteilung der außenpolitischen An- und Absichten Herriots auch seine Verbeugung nicht beirren, die er uns gegenüber mit dem Zusatz machte, die schwierige Lage des deutschen Volkes müsse bei den kommenden Reparationsverhandlungen „in Rechnung gestellt" werden. Das hat Tardieu auch schon ein paarmal gesagt, doch riß er aus, als man ihm wegen dieser Berücksichtigung der deutschen Lage nun in Genf näher auf den Leib rückte und ihn veranlassen wollte, darüber „Hals zu geben".

Ähnlich verfuhr Herriot im Wahlkampfe; denn auch innenpolitisch scheint er mit Tardieu insofern an einem Strange zu ziehen, als der jetzige französische Ministerpräsident zweifellos auf eine Konzentrationsregierung — also unter scharfer Distanzierung gegenüber der ausgesprochenen äußersten Rechten und Linken hinsteuert. Und Herriot ist auch während des Wahlkampfes der „Verbündete von morgen" gewesen. Aber erst die Ergebnisse des Tages der Stichwahlen werden hierüber das wirklich entscheidende Wort sprechen.

Die Millionen zur Arbeitsbeschaffung

Das Reichskabinett wieder an der Arbeit.

Vor weittragenden Beschlüssen.

Reichskanzler Dr. Brüning ist aus Genf wieder in Berlin eingetroffen. Sofort nach seiner Ankunft begab sich der Kanzler zum Reichspräsidenten und erstattete ihm über die Entwicklung der Genfer Verhandlungen Bericht. Anfang der Woche werden die durch die Genfer Reise Brünings unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über eine Reihe wichtiger finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen fortgesetzt.

Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen wird ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das von den zuständigen Ressorts in der Zwischenzeit kabinettsreif gemacht worden ist. Ferner wird sich das Kabinett mit der Verabschiedung des Reichshaushaltsplans beschäftigen, der am 9. Mai dem Reichstag vorliegen soll.

Haushaltsentwurf ohne Tributzahlungen.

In den Verhandlungen, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den übrigen Reichsministerien über den Haushalt geführt wurden, hat sich, wie von unterrichteter Seite verlautet, herausgestellt, daß ein Haushalt mit festen Ziffern nicht aufgestellt werden konnte. Das Reichskabinett wird über die Ansetzung einer ganzen Reihe von Steuern in ihren wahrscheinlichen Einnahmen, über Ausgabensenkungen, über sehr wichtige grundsätzliche Fragen der Ausgabensenkung selbst zu entscheiden haben. Es scheine schon ein Beschluß des Kabinetts vorzuliegen, wonach Tributzahlungen in den Haushalt nicht eingesetzt werden. In welcher Höhe der Haushalt abschließen werde, stehe noch nicht fest. Es habe sich herausgestellt, daß im letzten Jahr die

Schätzungen für die Steuern wesentlich zu hoch

waren. So sei bei der Umsatzsteuer weniger als der Ansatz eingegangen. Bei der Krisensteuer seien statt 325 Millionen in elf Monaten nur 170 Millionen Mark eingegangen, so daß im Höchstfall nur etwa 190 Millionen Mark an Umsatzsteuern erreicht werden könnten. Die Biersteuer habe trotz der Herabsetzung den erwarteten Ertrag nicht gebracht. Einigermaßen ertragsfähig sei nur die Einkommensteuer gewesen. Wahrscheinlich werde das Kabinett die Steuern wesentlich niedriger ansetzen müssen, als die Eingänge im Jahre 1931/32 waren. Das würde dann eine weitere

Kürzung von Ausgaben

bedeuten. Eine Kürzung aller Sachausgaben um mindestens 15 Prozent stehe fest. Dabei könnten die Ausgaben im Reichswehrministerium nicht weiter gekürzt werden, weil die äußerste Grenze erreicht sei. Wahrscheinlich werde der Haushalt formal mit Einnahmen und Ausgaben unter 8,5 Milliarden abschließen.

*

Steuerfreie Millionenanleihe für Arbeitsbeschaffung.

Ausdehnung der Arbeitsdienstpflicht?

Um die für die Durchführung des Arbeitsprogramms des Reichskabinetts erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, ist die Auflegung einer großen Prämienanleihe, man spricht von

mehreren hundert Millionen,

geplant, die ähnlich wie die seinerzeitige Reichsbahnanleihe mit besonderen Vorzügen ausgestattet werden soll. Der Vorzug soll nach den bisherigen Absichten im wesentlichen in einer möglichst weitgehenden Steuerbefreiung liegen.

Einzelheiten über den Gewinnplan liegen noch nicht fest, doch soll mit der Rückzahlung bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit begonnen werden. Unter Hinweis auf den Erfolg der seinerzeitigen Reichsbahnanleihe ist man in unterrichteten Kreisen auch hinsichtlich des Ergebnisses dieser Anleihe guter Hoffnung. Im Zusammenhang mit dieser Frage wird sich das Reichskabinett dann weiter mit dem

Problem der Arbeitsdienstpflicht

oder, wie man an unterrichteter Stelle sich auszudrücken vorzieht, des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigen. Inwieweit eine Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes angestrebt werden kann, ist natürlich in der Hauptsache eine finanzielle Frage. Wenn den Schulentlassenen die Möglichkeit gegeben werden soll, sich im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes zu betätigen, so wird die Regierung nicht umhin können, ihnen vielleicht über die für die Arbeitslosenauszahlungen festgesetzte Frist hinaus ein Existenzminimum zu gewährleisten.

Kurze politische Nachrichten.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft veröffentlicht den Lagebericht der Reichsbahn für März 1932. Danach blieb der Güterverkehr im März schwach. Unter der gleichen Erscheinung litt der Personenverkehr infolge der unverändert schlechten Wirtschaftsverhältnisse sowie der ungünstigen Witterung. Er belebte sich erst in der zweiten Monatshälfte mit dem Beginn der Osterferien und mit Einführung der Festtagsrückfahrkarten mit erweiterter Gültigkeitsdauer.

*

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats April 1932 auf 121,6 gegenüber 122,4 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,6 Prozent.

*

Im Irischen Landtag ist das Gesetz über die Abschaffung des Treueides gegenüber der englischen Krone mit 77 gegen 71 Stimmen angenommen worden. Kurz vorher war der Antrag Cosgraves, vor Erledigung des Gesetzes in Verhandlungen mit England einzutreten, mit gleichem Stimmenunterschied abgelehnt worden.

Hindenburg verbringt seinen Urlaub in Neudeck.

Bad Reichenhall hatte den Reichspräsidenten eingeladen, seinen diesjährigen Sommerurlaub auf dem Besitztum des Landrats von Martius bei Bad Reichenhall zu verbringen. Nunmehr ist vom Reichspräsidenten ein außerordentlich herzlich gehaltenes Dankschreiben eingelaufen. Es heißt darin, daß der Reichspräsident in diesem Sommer einige Wochen auf seinem Stammgut Neudeck in Ostpreußen zu verleben gedenkt und daß es sehr zweifelhaft sei, ob er in diesem Jahre überhaupt noch nach Süddeutschland bzw. Bayern komme.

Die Entscheidungen in der Zentrumspartei

Bereit zur Zusammenarbeit.

Über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der deutschen Zentrumspartei wird vom Zentrum ein Bericht ausgegeben, in dem es u. a. heißt, daß bei der Besprechung des Ergebnisses der Länderwahlen mit Genugtuung und Dank festgestellt würde, daß durch die Treue der Wähler die Fortführung einer aufbauenden, nationalen Reichspolitik gewährleistet sei. Dem Reichskanzler, der für kurze Zeit der Sitzung beiwohnte, wurde der Dank für seine tatkräftige Vertretung des deutschen Standpunktes in Genf zum Ausdruck gebracht. Als einmütige Auffassung kam zum Schluß zum Ausdruck, daß in den kommenden politischen Verhandlungen die letzte Entscheidung der Reichsparteileitung vorbehalten bleibt.

Die parteiamtliche Mitteilung der Zentrumspartei

über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumspartei wird parteiamtlich u. a. berichtet: Zur Erörterung standen die sachlichen Fragen, die die deutsche Politik in der nächsten Zeit zu bewältigen hat: vor allem die außenpolitischen Ziele, Stärkung der Binnenwirtschaft, die Frage der Arbeitsbeschafung, der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes. In der Lösung dieser sachlichen Aufgaben sieht die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß.

Zu dieser parteiamtlichen Mitteilung verlautet von unterrichteter Seite ergänzend, daß sich das Zentrum nach wie vor bereit erklärt, im Sinne des bekannten Aufrufs des Vorsitzenden der Preußischen Zentrumspartei mit allen den Gruppen zusammenzuarbeiten, die sich auf dem Boden der Verfassung zur Mitarbeit bereit finden.

Der Kampf um den evangelischen Religionsunterricht.

Die Neuregelung der Einsichtnahme.

Der Kirchensenat der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, der sich mit dem Stand der Verhandlungen mit dem preußischen Kultusminister über eine Neuregelung der Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht befaßte, nahm davon Kenntnis, daß dem Evangelischen Oberkirchenrat ein im Ministerium ausgearbeiteter Entwurf für einen Ministerialerlaß zugesandt worden ist. Dieser Entwurf schafft den evangelischen Kirchen die von ihnen seit Jahren erstrebte Möglichkeit, an Stelle der geistlichen staatliche Schulaufsichtsbeamte mit der Einsichtnahme zu betrauen. Ihm haben die evangelischen Kirchen in Preußen auf Ersuchen des Ministers zugestimmt. Zugleich nahm der Kirchensenat davon Kenntnis, daß der Minister trotz wiederholter dringender Vorstellungen seine endgültige Entschließung in einer Weise hinauszögert, die für die Kirche nicht mehr tragbar ist. Da hiernach die evangelische Kirche vorläufig nicht in der Lage ist, die von ihr erstrebte Betrauung von staatlichen Schulaufsichtsbeamten mit der Einsichtnahme durchzuführen, sah sich der Kirchensenat nunmehr gezwungen, die Regelung der Angelegenheit auf dem Boden des geltenden Rechts in die Hand zu nehmen, und hat den Evangelischen Oberkirchenrat beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten.

Verschlechterung der Lage des Gaststättengewerbes.

Tagung des Reichsverbandes der Hotels und Restaurants.

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Nolte-Hannover tagte in Kiel der Reichsverband der deutschen Hotels und Restaurants, der sich mit der wirtschaftlichen Notlage des Hotelgewerbes und seinen wirtschaftlichen und steuerpolitischen Forderungen beschäftigte. Aus dem Tätigkeitsbericht ergab sich die in den letzten Monaten eingetretene weitere Verschlechterung der Lage des Gaststättengewerbes. Im Mittelpunkte der Verhandlungen standen steuerliche Angelegenheiten, namentlich die Belastung durch die Realsteuern.

Im Zusammenhang mit der Frage der Senkung der Selbstkosten wurden die Preisabbaumaßnahmen der Reichsregierung und des Preiskommissars bemängelt. Es wurde als unerträglich bezeichnet, daß die Preise zwangsweise gesenkt werden, während andererseits die steuerlichen Abgaben steigen. Der Reichsverband richtete schließlich an die deutsche Öffentlichkeit die Bitte, der Not des deutschen Saison-Hotelgewerbes in der Reisezeit eingedenk zu sein.

Große und kleine Donaukonferenz.

Stillstand der Donauverhandlungen.

In den letzten Tagen sind in Genf während der Anwesenheit des Reichskanzlers Besprechungen über die praktische Weiterführung der Donauverhandlungen geführt worden. Hierbei soll der Plan aufgetaucht sein, eine vorläufige Besprechung der fünf Donaumächte abhalten zu lassen. Deutscherseits vertritt man nach wie vor in Übereinstimmung mit Italien den Standpunkt, daß eine sachlich zweckmäßige und fördernde Behandlung der Donaufrage nur im Kreise sämtlicher interessierter Mächte, somit der fünf Donaumächte unter Hinzuziehung der europäischen Großmächte Erfolg haben wird, da besonders ohne Deutschland und Italien eine endgültige wirtschaftliche Heilung der Donaustaaten unmöglich erscheint. Die Verhandlungen über die Donaufrage sind also vorläufig zum Stillstand gekommen.

Kammerwahlen in Frankreich.

Ruhiger Verlauf bei starker Wahlbeteiligung.

Die Kammerwahlen in Frankreich gingen in voller Ruhe und Ordnung vor sich. Das Pariser Straßenbild weicht trotz des Zusamenfallens der Wahl mit dem 1. Mai fast nicht von dem üblichen Sonntagsbild ab. Überall haben Gemüsehändler, Maiglöckchenverkäufer und andere ihre Stände aufgeschlagen. Nichts deutet darauf hin, daß Millionen von Wählern über die künftige Zusamensetzung der französischen Regierung bestimmen. Auffallend ist das geringe Aufgebot an Polizei. Vor den Wahlplakaten haben sich nur wenige Neugierige angesammelt. Da man in Frankreich nicht für eine Partei, sondern für einen Kandidaten stimmt, wird auch die ganze Wahlpropaganda auf persönliches Gebiet hinübergezogen. Die Kommunisten bedienen sich bei ihrer Propaganda des Bildes des deutschen Reichspräsidenten, um die Politik der Sozialisten zu brandmarken, die 1925 gegen ihn und 1932 für ihn gestimmt hätten.

Soweit sich beurteilen läßt, scheint die Wahlbeteiligung mindestens 80 Prozent zu betragen. Eine Vorhersage über den Ausgang der Wahl zu machen, erscheint verfrüht, obwohl man allgemein mit einem wenn auch nicht starken Linksruck rechnet. Das endgültige Ergebnis ist nicht vor Montag zu erwarten.

Tschechoslowakei erschwert Auslandsreise.

Bloß 125 Mark Reisegeld erlaubt.

In der Prager Gesetzessammlung erschien der Erlaß der tschechoslowakischen Nationalbank, womit die bisher für die Devisenausfuhr bei Reisen nach dem Auslande freie Grenze von 3000 tschechischen Kronen auf 1000 tschechische Kronen monatlich herabgesetzt wird.

Geldsendungen durch die Post werden ebenfalls auf die Gesamtsumme von 1000 Kronen bei nicht mehr als 200 Kronen täglicher Versendung beschränkt.

Durch diesen Erlaß werden die Verhandlungen über den Devisenverkehr zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, die eben in Berlin stattfinden, wesentlich erschwert. Praktisch wird jede Auslandsreise eines tschechoslowakischen Staatsbürgers unmöglich.

Kommunistenunruhen in Philadelphia.

Bisher 50 Verletzte.

Bei kommunistischen Kundgebungen in Philadelphia kam es in drei verschiedenen Stadtteilen zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Da es den Polizisten mit ihren Knüppeln allein nicht gelang, die Volksmengen auseinanderzutreiben, so mußte auch die Feuerwehr mit Wasserstrahlen eingreifen. Bei dem entstehenden Gedränge wurden viele Frauen und Kinder niedergetreten. Bisher zählte man 50 Verletzte, darunter vier Schutzleute. 50 Personen wurden festgenommen.

Nichtssagende Fernost-Entschließung.

Der Völkerbund blamiert sich weiter.

Die Fernost-Völkerbundversammlung nahm im weiteren Verlauf einstimmig mit Stimmenthaltung des japanischen Vertreters eine Entschließung an, in der auf Grund der Schanghaier Waffenstillstandsverhandlungen die Zurückziehung der japanischen Truppen innerhalb kürzester Frist und die Vollmachten des gemischten Ausschusses der vier Mächte in Schanghai geregelt werden. Die Entschließung setzt jedoch keinen festen Termin für die Zurückziehung der japanischen Truppen fest und läßt somit diese für China entscheidende Frage offen.

*

Die chinesische Regierung teilt amtlich mit, daß die chinesische Bevölkerung mit dem Anschlag in Schanghai nichts zu tun habe. Kein chinesischer Bürger und kein Vertreter einer chinesischen Organisation habe Zutritt zu der Parade gehabt. Die chinesische Regierung könne für das Ereignis keine Verantwortung tragen, zumal die japanischen Militär- und Polizeibehörden für die Ordnung gesorgt und auf jede Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden verzichtet hätten.

*

Staatssekretär Stimson gab in Genf vor seiner Rückreise nach Amerika eine Erklärung über seine Genfer Verhandlungen heraus, in der er besonders den Wert zwangloser persönlicher Aussprachen hervorhebt und bestätigt, daß der besondere Zweck seiner Unterredungen auch der Behandlung der Fernostfrage gegolten habe.



Die ersten Bilder vom Vulkanausbruch in Südamerika. Links: der Vulkan Descabezado während einer Eruption. Oben: ein Landschaftsbild aus Südamerika, 150 Kilometer vom Schauplatz der Katastrophe entfernt: die Gegend ist mit Aschenstaub überschüttet, so daß man den Eindruck einer Winterlandschaft hat. Unten: in der Stadt Curico in Chile wird die fußhohe Lavaasche, die bis hierher geschleudert wurde, fortgeschafft.

Der getarnte Krieg im Fernost.

Anschlag auf eine Eisenbahnbrücke bei Kirin.

Nach einer Meldung aus Kirin wurde eine 60 Kilometer von der Stadt entfernt liegende Eisenbahnbrücke durch eine Bombenexplosion zerstört. 25 mandschurische Soldaten wurden dabei getötet. Die Japaner behaupten, daß der Anschlag auf die Tätigkeit Moskauer Agenten zurückzuführen sei.

11 Koreaner in der französischen Konzession von Schanghai verhaftet.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat die französische Polizei in der französischen Zone elf Koreaner verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht stehen, an dem Bombenanschlag gegen den japanischen Gesandten beteiligt zu sein.

Während der bei dem Bombenattentat verletzte japanische Bürgermeister seinen Wunden erlegen ist, trat im Befinden des Gesandten eine Besserung ein.

Zum Bombenanschlag in Schanghai

Wie die Agentur Indo-Pazifique aus Schanghai meldet, hat die französische Polizei in der französischen Zone elf Koreaner verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht stehen, unmittelbar oder mittelbar an dem Bombenanschlag beteiligt zu sein.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 2. Mai 1932.

Es lacht der Mai . . .!

Das hätte nach all dem Schwankenden und Zweifelhaften, das wir in den letzten Wochen mit dem Wetter erlebt haben, kein Mensch mehr erwartet: der Mai ist wirklich so gekommen, wie ihn die Dichter früher gesehen und besungen haben, und die Bäume schlagen tatsächlich zur richtigen Zeit aus. Und alle Vögel sind schon da, und es herrscht nicht nur in der Sonne, sondern beinahe auch schon im Schatten eine Wärme, wie man sie sich für den August nicht eindringlicher wünschen könnte: nicht weniger als 23 oder gar 24° Celsius haben die Fachleute und die Laien bereits gezählt, und einigen Nörglern, die niemals und mit nichts zufrieden sind, ist das bereits zuviel, und sie wünschen sich und uns anderen schon wieder „etwas kühleres Wetter". Und weil jetzt „alles da" ist, werden wir auch das wahrscheinlich bald haben können, denn es kommen aus dem Norden schon einige Kühlung fächelnde Winde. Der Grundzug dieses Maibeginnes aber bleibt das Sommerwetter, das, wie die Forscher behaupten, von einiger Dauer sein soll. Überall werden die Baumblüten eröffnet, und viele unserer Brüder und Schwestern, die besonders kühn sind, wagen sich bereits ohne jeglichen Paletot in die Welt. Und einige, die noch kühner sind, haben schon ganz regelrecht mit dem Baden im Freien begonnen. Und über ein Weilchen noch werden alle, die auf dem Wasser liegen, furchtbar braungebrannt sein.

Und hoffentlich kommen dann nicht die berüchtigten Maifröste, die all dem Schönen ein rasches Ende bereiten!

Halver

—)(Die **Freiwillige Feuerwehr Halver** hatte für Samstag nachmittag ihre erste diesjährige Uebung angesetzt. Gleichzeitig fand eine Inspizierung der Feuerwehr durch den Feuerlöschdirigenten Herrn Bürgermeister Watermann statt. Die Uebung wurde eingeleitet durch Fußexerzieren der gesamten Mannschaft. Anschließend folgten die Exerzitien an den einzelnen Geräten. Den Beschluß bildete ein Feueralarm. Brandobjekt ein Haus in der Mitte des Ortes Halver. Nachdem die Wehr wieder zum Feuerwehrplatz gerückt, hielt Herr Bürgermeister Watermann eine kurze Kritik. Er sprach den Mannschaften seine volle Anerkennung über das Gesehene aus und bat den guten Geist der in der Feuerwehr herrsche auch fernerhin zu bewahren. — Ebenso hatte er für die Mitglieder der Freiwilligen Sanitätskolonne Halver, die auch an der Uebung teilnahmen, anerkennende Worte. Leider verlief diese erste Uebung nicht ohne Unfall. Als die Wehr zur Brandstelle ausrückte, streift in der Frankfurterstraße bei Barking die an den Mannschaftswagen angekoppelte MotorSpritze die vorausfahrende Magyrusleiter. Durch den Anprall wurde das Gerät, das von Mannschaften gezogen wurde, gegen den Bordstein geschleudert. Drei Feuerwehrleute kamen zu Fall und erlitten Arm- und Fußverletzungen. Sanitäter und Herr Sanitätsrat Köhler leisteten Hilfe. Das vordere Fahrgestell der Leiter wurde vom Gerät abgerissen und demoliert. Ebenso sind Beschädigungen an dem Kotflügel der Motorspritze festgestellt.

—:! **Die Arbeitsgemeinschaft der Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz des Volmebezirks** einschl. **Lüdenscheid** hielt am Sonntag nachmittag in Halver, im Lokal Fasbender eine Vertreterversammlung ab. Die Kolonne Halver, Brügge-Oberbrügge, Schalksmühle, Kierspe, Meinerzhagen, Rahmede und Lüdenscheid hatten Vertreter entsandt. Die Kolonne Kierspe war nicht erschienen. Der Vorsitzende der Kolonne Halver, Walter Lemmer, der gleichzeitig Bezirksvorsitzender ist, eröffnete mit begrüßenden Worten die Tagung. Die Kameraden Otto Fuchs-Meinerzhagen und Carl Sonnenhohl-Mühlenrahmede sind im vergangenen Jahr gestorben. Ihnen galt ein ehrendes Gedenken. Zum Punkt: Gemeinsame Uebungen machte der Vorsitzende Mitteilung, daß von mehreren Kolonnen der Wunsch laut geworden, infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und sonstigen korperativen Anlässen, die große gemeinsame Uebung in diesem Jahre ausfallen zu lassen. Demgegenüber stellte Kam. Heinrich Brüninghaus-Halver folgenden Antrag: „Sollte es der Wunsch des Inspekteur der Sanitätskolonne sein, doch eine gemeinsame Uebung abzuhalten, so soll diese der Kolonne Schalksmühle übertragen werden." Kolonne Schalksmühle kann in diesem Jahre auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. 2. Punkt: Unfallversicherung. Ueber die betr. dieses Punktes auf der Reichsverbandstagung in Eisenach geführten Verhandlungen referierte der Vorsitzende in erschöpfender Weise. In der anschließenden Diskussion wurden Fragen gestellt und beantwortet. Einer Bitte aus der Versammlung an den Vorsitzenden, die Bearbeitung von evtl. den Kolonnenmitgliedern betreffenden Unfällen betr. Entschädigungsanspruch zu übernehmen, sagte dieser zu. Vordrucke zur Unfallanmeldung sind von der Geschäftsstelle des Reichsverbandes zu beziehen. Beim Punkt: Lehrgänge und Prüfungen wurde auf die in Lüdenscheid stattgefundene Führerbesprechung hingewiesen. Der Erlaß des Provinzial-Verbandes betr. Ablegung der Prüfung zu Gruppen- oder Zugführer fand eine kritische Beleuchtung. Besonderes Befremden erregte es, daß die Lehrgänge in diesem Jahre noch nicht stattgefunden haben. Der Einrichtung von Landposten kann nicht entsprochen werden, da es an den erforderlichen Geldmitteln mangelt. Unter geschäftliche Mitteilungen wurde auf das Erholungsheim Biedenkopf aufmerksam gemacht. Dortselbst stehen auch Freistellen für erholungsbedürftige Kameraden auf Antrag zur Verfügung. — Das diesjährige Provinzial-Verbandsfest findet am 4. und 5. Juli in Lüdenscheid statt. Mit der Tagung ist eine Ausstellung über Gasschutz verbunden. Festbeitrag für die Mitglieder der Sanitätskolonne 0,50 RM inklusiv Festbuch und Festabzeichen. Betreffend die Beteiligung der Kolonnen an dem Leichenbegängnis verstorbener Kameraden wurde der Wunsch laut, daß bei derlei Begebenheiten doch alle Kolonnen vertreten sein möchten, aber darauf hingewiesen, daß eine frühzeitige Benachrichtigung der dem Bezirk angeschlossenen Kolonnen erstes Erfordernis sei. Damit war die reichhaltige Tagesordnung erschöpft und schloß der Vorsitzende mit Dankesworten an alle die Vertreterversammlung.

—)(Das Gute mit dem Nützlichen zu verbinden ist noch immer zum Vorteil für den oder die Betreffenden gewesen. So dachte auch die Leitung des **Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins Halver** als sie am Sonntag mit der Jungschar eine Wanderung nach Breckerfeld unternahm. Morgens gegen 9 Uhr trat eine stattliche Zahl 30 Jungscharler und 16 ältere Mitglieder des Vereins den Marsch an. Es ging durch unsere herrlichen sauerländischen Berge über die Gehöfte Schöneberge, Glörfeld zur Jugendherberge bei der Glörtalsperre. Dort wurde Mittagsrast gemacht. Nachdem man sich an Kaffee und Backwerk gestärkt hatte, ging es weiter, Breckerfeld zu. Dort sollte am Nachmittag ein Film laufen, der Bilder von der Weltbundkonferenz christlicher Jungmänner-Vereine in Cleveland (Amerika) zeigte. Dies zu sehen wurde nicht versäumt und so fand man sich nachmittags 5 Uhr im Reibertschen Saale ein. In 7 Akten wurde das ganze Geschehen: Abfahrt der deutschen Teilnehmer mit dem zweitgrößten Ozeandampfer nach Amerika, Ueberfahrt und Ankunft in Amerika, Landschaftliche Szenerien u. a. die Niagarafälle glitten vor den Augen vorüber. Treffend waren die Bilder von der Weltbundkonferenz selbst und von den amerikanischen Jugendlagern. Voll befriedigt von dem Gesehenen und Gehörten trat man den Heimmarsch nach Halver an, wo alle wohlbehalten wieder anlangten. Man freut sich schon auf die Wanderung nach der Neye-Talsperre am Himmelfahrtstage; da werden wieder alle Mann zur Stelle sein.

—)(**Der Kaninchenzuchtverein für Halver und Umgegend** hielt am Samstag abend im Lokal Gustav Lückmann (Jägerhaus) eine Mitgliederversammlung ab. Zahlreich waren die Züchter erschienen. Der 1. Vorsitzende gab durch das damit bewiesene Interesse an den Bestrebungen der Kaninchenzucht in seinen Worten zur Eröffnung der Versammlung besonderen Ausdruck. Der Bericht über die letzte Kreisverbands-Delegiertentagung wurde von einem Mitgliede erstattet. Der Verein hat für die Schneevogts-

Der 1. Mai.

Sozialdemokraten im Berliner Lustgarten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranstaltete im Lustgarten ihre Maifeier. An der Feier nahmen alle sozialdemokratischen und mit der Partei sympatisierenden Verbände teil. Mit Musik und Gesang rückten die einzelnen Gruppen, darunter auch zahlreiche Sportler und viele Kinder aus den Bezirken an. Reichstagsabgeordneter Künstler hielt die Begrüßungsansprache. Darauf sprach der Vorsitzende der Berliner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Erich Flatau. Er wies auf die Bedeutung des 1. Mai in der Geschichte der Sozialdemokratie hin. Der 1. Mai müsse ein Tag der Erkenntnis und des Bekenntnisses sein. Die 40-Stunden-Woche sei ein dringendes Gebot. Die Lohnabbaupolitik könne nicht weiter betrieben werden. Eine klare Stellungnahme der Reichsregierung zum Arbeitsbeschaffungsprogramm sei erforderlich.

Maiparade in Moskau.

Am Sonntag fand in Moskau aus Anlaß der Maifeier eine große Parade der Roten Armee statt. Auf der Tribüne der Sowjetregierung erregte die Anwesenheit der türkischen Abordnung unter Führung des Ministerpräsidenten besondere Aufmerksamkeit. Auch das gesamte Diplomatische Korps unter Führung des japanischen Botschafters war zugegen.

Kriegskommissar Woroschilow hielt eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die Rote Armee jederzeit bereit sein müsse, für die Sowjetunion zu kämpfen, die jetzt stark bedroht sei.

Am Sonntag wurden in der ganzen Sowjetunion neue Fabrikanlagen eingeweiht, darunter das Kraftwerk Dneprostroi.

Im Reiche

Nach den bis gegen Abend vorliegenden Meldungen sind die Maifeiern im Reiche ohne besondere Zwischenfälle verlaufen.

In München sprach auf drei sozialdemokratischen Kundgebungen Reichstagspräsident Loebe. Er trat für die 40-Stunden-Woche zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ein. Wenn der Faschismus sein Haupt erhebe, würde das Schwerkapital die Herrschaft bekommen und die Masse weiter frönen und leiden. Die sozialdemokratische Bewegung werde auch mit den Nationalsozialisten in Deutschland fertig werden. Der Kampf gehe um die Fortentwicklung der Republik zum sozialen Volksstaat. — Die Kundgebungen verliefen ohne Störung.

In Braunschweig waren die vorgesehenen Kundgebungen unter freiem Himmel durch ministerielle Verfügung verboten worden. Es fanden daher in zwei überfüllen Sälen sozialdemokratische Versammlungen statt, die ohne Zwischenfälle verlaufen sind.

Im Auslande

Schwere Mißhandlung des Ministerpräsidenten von Victoria.

Am Maifeiertage bewegte sich wie alljährlich ein großer Kundgebungszug unter starker polizeilicher Begleitung nach dem Hydepark in London, wo eine Reihe von Ansprachen gehalten wurden. Großes Interesse erregte die Tribüne der Liga für die Freiheit Indiens, wo irische Redner mit den Indern „im Kampfe gegen den britischen Imperialismus" übereinstimmten und das gemeinsame Interesse Irlands und Indiens betonten.

Die Maifeierkundgebungen in Tokio verliefen ohne Zwischenfälle. Durch die Stadt bewegte sich ein Zug von 12 000 Demonstranten, die von 5000 Schutzleuten begleitet waren.

In allen größeren Städten Jerusalems war am Maifeiertage die Polizei verstärkt worden, so daß der Tag ohne Zwischenfälle verlief. Vorsichtshalber hatte die Polizei schon vorher etwa 40 kommunistische Führer festgenommen, um Kundgebungen zu verhindern.

Bei der Maifeier in Melburne kam es zu schweren Unruhen. Ein Demonstrationszug von 5000 Personen marschierte nach Yarrabank, wo verschiedene Reden gehalten wurden. Unter den Rednern befanden sich auch der Ministerpräsident von Victoria, Tannecliffe, ferner der Präsident der victorianischen Arbeiterpartei Cameron und der Präsident des Handelsdepartements, die von einem inmitten der Menge stehenden Lastwagen zu sprechen versuchten. Die Menge brach jedoch in laute Protestrufe aus, stürmte den Lastwagen und warf den Ministerpräsidenten und seine Begleiter zu Boden. Einer der Angreifer schlug auf den Ministerpräsidenten ein, so daß dieser mehrere Wunden am Kopfe, darunter eine Verletzung unter den Augen, erlitt.

Der 1. Mai ist in Budapest im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Sozialdemokraten veranstalteten am Vormittag eine Kundgebung. Einzelne Ruhestörer wurden von den Polizisten rasch entfernt. Insgesamt wurden im Laufe des Tages 103 Personen von der Polizei gestellt.

Die Maifeiern sind in Wien ruhig verlaufen.

Der 1. Mai ist in der Tschechoslowakei im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in einigen wenigen Orten kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Prag marschierten die tschechischen Nationalsozialisten, die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechischen Kommunisten in gewohnter Weise zuweilen nebeneinander über den Wenzel-Platz zu ihrer Maiversammlung. Im Zuge der tschechischen Sozialdemokraten marschierten auch etwa 600 deutsche Sozialdemokraten, die Transparente trugen mit Aufschriften wie: „Nie wieder Krieg", „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!". Als bei den kommunistischen Versammlungen auf dem Republikplatz auch deutsche Arbeiter sprachen, wurde ihnen wiederholt zugerufen: „Hier wird tschechisch gesprochen!"

Sechsstundentag in Dänemark?

Bemerkenswerte Rede des dänischen Ministerpräsidenten.

Der dänische Ministerpräsident Stauning hielt am Sonntag auf der Maikundgebung der Sozialdemokratischen Partei, die in einem der größten Parks der Stadt stattfand, eine politische Ansprache, in der er sich in sehr scharfen Worten gegen den Schlächtereikonflikt wandte. Er nannte die Vorkommnisse einen Versuch, die Lappo-Bewegung auch in Dänemark einzuführen. Die Regierung sei im Begriff, dem Parlament einen Vorschlag über die Herabsetzung der Schulden der Landwirtschaft sowie über die Einführung eines Sechsstunden-Arbeitstages zur Ueberwindung der Arbeitslosennot vorzulegen. In diesem Augenblick breche nun der Schlächtereikonflikt aus. Das Land sei durch die dadurch unmöglich gemachte wichtige Ausfuhr nach England aufs schwerste bedroht. Es sei möglich, daß die Regierung eingreifen müsse, um sich gegebenenfalls der landwirtschaftlichen Ausfuhr selbst anzunehmen.

Am Hörer der Zeit.

Politische Zwischenspiele.

Frankreich hat nun auch seine Parlamentswahlen hinter sich. Diese Wahlen lagen dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu so sehr im Magen, daß er darüber die Sprache verlor und nicht den Weg nach Genf zurückfand. Während man sich sonst jede Krankheit gern vom Halse hält und man betrübt ist, wenn man von Schmerzen geplagt das Krankenbett hüten muß, zeigte man sich in Frankreich über die plötzliche Unpäßlichkeit Tardieus ziemlich erfreut. Wohl selten ist das Verstummen eines berufenen Mundes so gelegen gekommen wie jetzt der französischen Regierung. Denn man wußte in Paris, daß man, wie der Volksmund zu sagen pflegt, augenblicklich in Genf nicht viel zu erben hat; und da man sich vor den Wahlen nicht irgendwelchen Nackenschlägen aussetzen wollte, kam der kranke Kehlkopf Tardieus wie ein Geschenk vom Himmel.

*

Immerhin ist eine Wahlagitationsreise für die Kammerkandidaten tatsächlich recht anstrengend. Und der Wahlredner, der von einer Versammlung in die andere ziehen muß, um die Wähler für sich zu gewinnen, ist am Schluß der Wahlkampagne nur noch ein Schatten seiner selbst. Das gilt vor allem in den Ländern, in denen es keine Listenwahl gibt, sondern in denen die Abgeordneten persönlich in ihren Wahlkreisen selbst um ihr Mandat kämpfen müssen, wie es vor 1918 auch in Deutschland der Fall war und es noch heute in Frankreich Brauch ist. Dort werden die Herren, die den Ehrgeiz besitzen, sich im Glanze eines Kammerdeputierten sonnen zu können, von Ort zu Ort ihres Wahlbezirks geschleift, müssen mit allen Wählern vor und nach ihrer Rede tausend Händedrücke austauschen. Dort gibt es keine Parteikanonen, die für einen Kandidaten eine Lanze brechen. Hier heißt es: Selbst ist der Mann.

*

In den letzten Tagen vor den Kammerwahlen war nun in Frankreich ein heißer Kampf der Meinungen darüber entbrannt, ob ein Toter als Abgeordneter in die Deputiertenkammer gewählt werden dürfte. Diesem Meinungsstreit lag folgender Fall zugrunde: In St. Etienne war am Schlußtag der Eintragung für die Abgeordnetenkandidaten der Bürgermeister Durafour gestorben, der für die Radikale Partei in die Kammer gewählt werden wollte. Er erhob sich nun die Frage, ob an Stelle Durafours etwa ein neuer Kandidat eingetragen werden sollte, oder was sonst zu tun sei, um den Radikalen in diesem Wahlkreis einen Abgeordneten zu sichern. Da man aus dieser schwierigen staatsrechtlichen Lage keinen Ausweg fand, wandte man sich hilfesuchend an das französische Innenministerium um Entscheidung. Diese Behörde hat nunmehr dahin entschieden, daß die Bürger von St. Etienne bei der Wahl ihren Stimmzettel vollgültig auf den radikalen Kandidaten, nämlich den verstorbenen Bürgermeister Durafour, abgeben könnten. Allerdings konnte das Ministerium hierbei nicht mitbestimmen, daß Herr Durafour, falls er wirklich gewählt werden sollte, nun auch seinen Abgeordnetenplatz in der Kammer einzunehmen hat. Immerhin liegt hier also die merkwürdige Erscheinung vor, daß jemand als Abgeordneter gewählt wird, der schon längst gestorben ist.

*

Eine andere politische Merkwürdigkeit erfuhr man dieser Tage aus London. Dort hat man plötzlich entdeckt, daß nach einem aus dem 18. Jahrhundert stammenden Gesetz der englische Handelsminister keine Berechtigung für Sitz und Stimme im Unterhaus hat und daher für jede Sitzung, an der er etwa teilnehmen würde, schadenersatzpflichtig sei. Danach hätte der gegenwärtige Handelsminister Runciman etwa 600 000 Mark Schadenersatz zahlen müssen, und die Geldstrafen, die von seinen Vorgängern zu erheben gewesen wären, wurden auf etwa sechs Millionen Mark berechnet. Zu diesen Vorgängern Runcimans gehören die bekanntesten Namen der englischen Politik, wie Baldwin, Churchill und Lloyd George. Um nun diese armen ahnungslosen Minister von ihrem drohenden Unheil zu befreien, hat man schleunigst ein Gesetz verabschiedet, durch das diesen ministeriellen Sündern die Strafe erlassen wird, und durch das man weiter mit dem ganzen Unsinn, der auf eine Verordnung aus dem Jahre 1707 zurückgeht, aufgeräumt worden ist. Diese Verordnung war schon einmal im Jahre 1826 aufgehoben, im Jahre 1909 aber wieder in Kraft gesetzt worden, wobei man damals vergessen hatte, die Bestimmungen über den Handelsminister zu streichen. Nunmehr ist das Versäumte schleunigst nachgeholt worden und kein englischer Handelsminister braucht etwa zu befürchten, dafür in Strafe genommen zu werden, daß er die Interessen seines Ministeriums im Unterhaus vertritt. So geschehen im Frühling des Jahres 1932!

Um Lohn und Arbeitszeit

Zur Auflockerung des Lohnsystems.

Kündigung der Lohnordnung im Ruhrbergbau.

Der Zechenverband hat die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Mai gekündigt.

Als Ziel dieser Kündigung betrachtet der Zechenverband in Abweichung von der bisherigen Übung nicht die tarifliche Feststellung einer generellen Lohnherabsetzung, sondern eine Auflockerung des bestehenden Lohnsystems, die den Zechen in gewissen Grenzen eine Anpassung ihrer Lohnhöhe an ihre besonderen Verhältnisse ermöglicht, wie es in anderen Industriezweigen seit längerem der Fall ist. Nach Ansicht des Zechenverbandes wird die bisherige starre Tarifregelung den verschieden gelagerten Beschäftigungsmöglichkeiten auf den einzelnen Schachtanlagen und den Verschiedenheiten der Arbeitsverdienste nicht hinreichend gerecht, so daß eine Auflockerung gerade zur Aufrechterhaltung möglichst zahlreicher Arbeitsstellen dringend geboten erscheine.

*

Der Arbeitgeberverband für die Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat von der Möglichkeit einer Kündigung des Lohntarifes zum 31. Mai keinen Gebrauch gemacht. Das geltende Lohnabkommen bleibt also weiter bis zum 30. Juni 1932 in Kraft und kann erstmalig zu diesem Zeitpunkt am 31. Mai gekündigt werden.

*

Feierschichten bei der Reichsbahn.

Um Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

Die Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn und den am Lohntarifvertrag beteiligten Gewerkschaften über Feierschichten haben zu einer Einigung geführt. Um umfangreiche Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden, die wegen des geringen Arbeitsanfalls notwendig gewesen wären, ist man übereingekommen, bei Arbeitern in Ausbesserungswerken bis zu dreizehn Feierschichten im Vierteljahr durchzuführen. Bis zu drei Feierschichten im Monat können eingelegt werden bei den Arbeitern im Werkstättenteil der Bahnbetriebswerke und Bahnbetriebswagenwerke sowie bei den Güterbodenarbeitern der großen Güterböden und Umladehallen.

*

Gegen den Kündigungsschutz der älteren Angestellten.

Der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels hat an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe gerichtet, in der er die Aufhebung des Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte verlangt. Diese Eingabe wird damit begründet, daß das Kündigungsschutzgesetz auf der einen Seite eine unerträgliche Belastung für den den Betrieb verantwortlich leitenden Arbeitgeber sei und daß es auf der anderen Seite nur dazu beitragen würde, die Lage der älteren Angestellten zu verschlechtern. Jeder verantwortliche Unternehmer müsse sich in der heutigen Zeit von langfristigen Bindungen freimachen. Das Kündigungsschutzgesetz bedeute praktisch aber eine fast neunmonatige Kündigungsfrist, womit sich der Arbeitgeber nicht binden könne.

*

Lohntarif der Marinewerftarbeiter gekündigt.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit hat die Marineleitung sich genötigt gesehen, die Löhne des Tarifvertrages für die Marinewerft und das Marinearsenal in Kiel zu Ende Mai zu kündigen. Die Marineleitung will die Löhne der Marinewerftarbeiter den auf den Nordseewerften gezahlten Löhnen anpassen, da die Marinewerftlöhne noch um 6 bis 9 Pfennig höher liegen.

Umzug, Frühjahrsreinigung und Handwerk

Die katastrophale Wirtschaftslage des Handwerks.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird geschrieben: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Handwerk hat im Monat April immer bedrohlichere Formen angenommen, so daß, wenn nicht bald eine grundlegende Besserung eintritt, eine Katastrophe unausbleiblich erscheint.

Eine leichte Belebung der Geschäftstätigkeit haben nur die Handwerkszweige aufzuweisen, die zu den ausgesprochenen Saisonberufen gehören. Zugenommen hat die Beschäftigung vorwiegend infolge der regen

Umzugstätigkeit und der Frühjahrsreinigung

bei den Malern, Töpfern, Tapezierern und Elektrikern. Allerdings ließ der Hausbesitz nur die allernotwendigsten Reparaturen ausführen. Auch im Bekleidungshandwerk blieb infolge der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der verhältnismäßig kühlen Witterung die Geschäftsbelebung gering. Für die Handwerksberufe, wie Sattler, Schmiede, Stellmacher usw., die von der Inangriffnahme der

Frühjahrsarbeiten in der Landwirtschaft

eine vermehrte Auftragserteilung erhofften, brachte die Berichtszeit überwiegend eine starke Enttäuschung. Besonders bemerkenswert war die Stille, die immer noch auf dem Baumarkt herrscht. Infolge der Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung sowie der rigorosen Sparmaßnahmen der Behörden wurden Neubauten so gut wie gar nicht in Angriff genommen. Auch in den Baunebengewerben beschränkten sich die vorhandenen Aufträge fast durchweg auf kleinere Reparaturen. — Die immer noch anhaltende

Durchführung der Preissenkungsaktion

der Reichsregierung hat durch ihre Form im Handwerk starke Verbitterung und Verärgerung hervorgerufen. Man bekennt anscheinend, daß das Bestreben, unter allen Umständen Arbeit und Aufträge hereinzubekommen, im Handwerk bereits zu einem ungewöhnlich scharfen Wettbewerb und im Zusammenhang damit zu einem unerträglichen Preisdruck geführt hat. — Der Arbeitsmangel führte auch insbesondere auf dem Gebiet der

Schwarz- und Pfuscharbeit

zu immer unerfreulicheren Zuständen, denen unter den heutigen tatsächlichen und gesetzlichen Verhältnissen das Arbeitgebertum machtlos gegenübersteht. Ein wirksamer Schutz könnte immerhin von seiten der Auftraggeber kommen, wenn diese endlich einsehen würden, daß sie durch Vergebung der vorhandenen Aufträge an das selbständige Handwerk der örtlichen Wirtschaft und dem örtlichen Gemeinwesen den besten Dienst erweisen.

Die soziale Belastung

sowie die Steuerbelastung, die noch so gut wie keine Minderung erfahren haben, werden vom Handwerk nachgerade als unerträglich empfunden. Namentlich die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften sowie die im Widerspruch mit der Tendenz der Preissenkung stehende Erhöhung der Umsatzsteuer und die Vorverlegung der Einkommensteuer-Vorauszahlungstermine belasten das Handwerk in schlimmstem Maße. Die Zahlungsweise der Kundschaft hat sich weiterhin verschlechtert. Der Arbeitsmarkt hat bislang nur eine geringe Entlastung erfahren.

Der Festsaal im Preußenhaus für die Nationalsozialisten.

Die stärkste Preußenfraktion seit 1879.

Die Nationalsozialisten ziehen in den neuen Preußischen Landtag mit 162 Abgeordneten ein. Sie werden damit die stärkste Fraktion sein, die der Preußische Landtag und seine Vorgänger, das Abgeordnetenhaus und die Zweite Kammer, bis auf eine Unterbrechung von 1873 bis 1879 jemals gehabt haben. Eine größere Mitgliederzahl hatte in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts während zweier Wahlperioden die Nationalliberale Fraktion unter Bennigsen, die mit 174 bezw. 169 Abgeordneten zahlenmäßig auch heute noch ungeschlagen ist.

Nach der Staatsumwälzung stellten in Preußen wie im Reich die Sozialdemokraten bisher die stärkste Fraktion. Ihre Höchstzahl hatten sie in der Verfassunggebenden Landesversammlung von 1919/21 mit 145 Abgeordneten erreicht. Jetzt lassen die Nationalsozialisten diese stärkste Preußenfraktion seit der Revolution noch um 17 Mandate hinter sich. Das hat im Landtagsgebäude natürlich erhebliche räumliche Umstellungen zur Folge.

Es ist sehr fraglich, ob die Nationalsozialisten, die im alten Landtag keine Fraktionsstärke hatten und denen daher kein Fraktionssaal zustand, mit dem gegenwärtig von den

Die Rintelner Mordtat.

Die Ereignisse vor und nach der Tat.

Ueber die Aufklärung und die Begleitumstände der Mordtat an der Schülerin Magdalene Hartmann in Rinteln werden uns von zuständiger Stelle noch nachstehende Einzelheiten angegeben:

Durch absichtlich falsche Aussagen der jüngeren Freundin der Hartmann, die wohl durch die Furcht veranlaßt sind, mit dem übel beleumundeten Buchheim zusammengewesen zu sein, ist die Polizei längere Zeit auf eine falsche Spur gewiesen, sonst wäre die Entdeckung der Tat wahrscheinlich viel früher und die traurige Lösung des Rätsels weit eher erfolgt.

Der Mörder Buchheim, der der kleinen Hartmann als Nachbar ihrer Eltern bekannt war, hat die beiden spazierengehenden Freundinnen im Walde getroffen, hat dann die jüngere Freundin an einen Waldweg geführt und ihr bedeutet, sie möge warten, bis sie wieder abgeholt würde, während er selbst sich mit der Hartmann in ein Tannendickicht am Ludener Paß begeben hat, wo er die Tat ausführte.

Das ist Montag in der Zeit von 17 bis 18 Uhr gewesen. Nach dem Morde hat Buchheim eine abenteuerliche Fahrt unternommen. Er hat sich zunächst nach Bückeburg begeben, ist von dort aus mit einem Güterzuge nach Hannover gefahren, hat dann auf einem Lastkraftwagen die Fahrt nach Celle fortgesetzt, von wo aus er über Nienburg und Minden nach Todenmann zum Besuch einer seiner „Bräute" gekommen ist. In Todenmann haben ihn dann Dorfbewohner erkannt und ihn in die Gastwirtschaft Reese gebracht, wo er von der Polizei abgeholt wurde.

Schon auf der Fahrt nach Rinteln hat Buchheim ein volles Geständnis des Mordes abgelegt. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht von der Festnahme und dem Geständnis des Mörders hier in Rinteln verbreitet, so daß es nur unter vollem Einsatz der Polizei gelang, den Mörder bei seiner Ueberführung ins Gerichtsgefängnis in Hannover vor der Wut der Einwohner zu schützen, die sich in Massen vor dem Stadthause, in dem das Gefängnis untergebracht ist, eingefunden hatten.

Nach den gerichtlichen Feststellungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Mörder seine Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt hat.

Neues Fernkabel Hannover—Berlin.

Erweitertes Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost hat neuerdings eine Erweiterung erfahren und umfaßt damit zusätzliche Arbeiten zu einem Gesamtbetrag von je 50 Millionen RM. für die Jahre 1932 und 1933. Danach ist u. a. die Errichtung einer dritten Fernkabellinie von Hannover nach Berlin beschlossen, und die Vorarbeiten sind bereits im Gange.

Die beide bereits bestehenden und das neu zu errichtende Fernkabel sind bzw. werden von Hannover über Magdeburg gelegt. Von Magdeburg aus läuft eine Kabelabzweigung nach Halle. Von Hannover geht eine Fernkabellinie in Richtung nach Hannoversch-Münden, weiter in Richtung nach Rotenburg sowie nach Minden i. W. Weiterhin ist im Bau und in Vorbereitung ein direktes Fernkabel nach Hamburg. Das neue dritte Landfernkabel Hannover—Magdeburg—Berlin wie auch die bisher schon bestehenden Landfernkabellinien, die Hannover berühren, werden auch der Rundfunkübertragung dienen. Es ist bemerkenswert und in der Oeffentlichkeit bisher wenig bekannt, daß das Fernkabelnetz auch für die Rundfunkübertragung vorhanden ist. Im letzten Jahre hat die Deutsche Reichspost die ersten Fernkabel neuer Art verlegt, die zwei Rundfunkleitungen enthalten. Gleichzeitig wurde die Umarbeitung der älteren Fernkabelanlagen zur besseren Anpassung an die Bedürfnisse des Fernsprechweitverkehrs und der Rundfunkübertragung beendet. So wurden 8000 Kilometer Viererleitungen mit Rundfunkleitungsverstärkern ausgerüstet. Diese Linien enthalten 2,2 Millionen Kilometer Einzeladern und können etwa 7450 Sprechkreise aufnehmen.

Die Veranlassung zum Bau der Landfernkabellinien, die Hannover berühren, bildet die Stellung Hannovers im deutschen Fernsprechverkehr. Im Ortsnetz Hannover waren nach der letzten Erhebung rund 21 500 Hauptanschlüsse, rund 17 500 Nebenanschlüsse und rund 300 öffentliche Fernsprechstellen. Das sind zusammen rund 39 300 Sprechstellen oder 8,8 Sprechstellen auf je 100 Einwohner.

Sühne für Brandstiftung.

Vor dem Detmolder Jugendgericht wurde gegen den 17 Jahre alten Melker Bussing verhandelt, der vor einigen Monaten aus Rache das Großfeuer auf dem Gute Hörentrup bei Bad Salzuflen angelegt hatte, wobei ein Schaden von etwa 500 000 RM. entstanden war.

Der Täter, der zunächst hartnäckig geleugnet hatte, legte ein volles Geständnis ab. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 2½ Jahren verurteilt.

Großfeuer in der Berner Telegraphendirektion.

Laboratorium und Archiv ausgebrannt.

Am Sonntag brach im Dachstuhl des Verwaltungsgebäudes der schweizerischen Obertelegraphendirektion in Bern Großfeuer aus. Das Feuer griff sehr schnell auf die oben gelegenen Laboratoriumsräume über, wo mehrere Explosionen entstanden, und drang dann weiter in das Archiv ein. Die Schieferplatten, mit denen das Dach gedeckt war, zerbarsten und zersplitterten fortwährend und die Splitter wurden umhergeschleudert. Dank der umfassenden Absperrmaßnahmen wurde niemand verletzt. Der ganze Dachstuhl und das oberste Geschoß sind zerstört und dabei sowohl das Laboratorium wie auch das Archiv vollständig ausgebrannt.

Ein Taifun verheert die Insel Suln.

Zahlreiche Menschen ums Leben gekommen.

Die Philippinen-Insel Suln ist von einer schweren Taifunkatastrophe heimgesucht worden. Die Residenzstadt Jolo wurde fast völlig zerstört, und auch die übrigen Ortschaften der Insel sind arg mitgenommen worden. Im Hafen von Cagaya sind drei Dampfer auf den Strand geworfen worden; der Dampfer „Remedios" ist gesunken. Es steht zu befürchten, daß bei der Katastrophe zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.

Welt und Wissen

w. **Ein Jubiläum der Universität Würzburg.** Die Würzburger Universität blickt in diesem Jahre auf dreieinhalb Jahrhunderte ihres Bestehens zurück. Am 11., 12. und 13. Mai soll in einer schlichten Feier der Gründung der Universität gedacht werden. Zu dieser Feier haben sich sämtliche Rektoren der Universitäten Deutschlands sowie Rektoren aus Österreich, den Niederlanden, England und Spanien und den Vereinigten Staaten angesagt. An der Feier werden außerdem die bayerische Staatsregierung und viele hervorragende Wissenschaftler teilnehmen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 1 Mai.

Wer soll Landtagspräsident werden?

Berlin. Die Geschäftsstelle der NSDAP. in Peine bestätigt, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Kerrl von Adolf Hitler als preußischer Landtagspräsident in Aussicht genommen worden ist.

Essen hat kein Geld.

Essen. Nach einer Mitteilung des Oberbürgermeisters von Essen hat sich die Stadt infolge ihrer Kassenlage gezwungen gesehen, die Kosten der Arbeitsfürsorge einzustellen

Acht Monteure bei einem Gerüsteinsturz schwer verletzt.

Saarbrücken. Im Hochofenwerk Patural in Hayingen (Lothringen) ereignete sich ein schweres Unglück. Auf einem Gerüst waren acht Monteure mit Nietarbeiten beschäftigt. Plötzlich gaben die Seile, an denen das Gerüst befestigt war, nach. Die acht Arbeiter stürzten in die Tiefe und trugen schwere Verletzungen davon. Auf dem Transport zum Hüttenlazarett erlag einer von ihnen seinen Verletzungen.

Neuer Stratosphärenflug.

Brüssel. Prof. Piccard ist zur Zeit mit gründlichen Vorbereitungen zu einem neuen Stratosphärenflug beschäftigt.

Der Kreuger-Skandal wächst.

Stockholm. Nach mehrtägigem Verhör hat die Stockholmer Kriminalpolizei den schweizerischen Vertreter der Firma Kreuger unter dem Verdacht der Beteiligung an den Fälschungen verhaftet.

Untersuchung gegen das Bankhaus Morgan.

Washington. Der Börsenuntersuchungsausschuß hat beschlossen, die Börsentätigkeit und die Anleihegeschäfte des Bankhauses Morgan einer genauen Untersuchung zu unterziehen und nötigenfalls Morgan persönlich als Zeugen zu vernehmen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Am Dienstag, den 3. Mai 1932 (nicht wie vorgesehen Mittwoch, den 4.) **abds. 8,30 Uhr**

spricht der

Reichstagsabg. Pfarrer a. D. L. Münchmeyer

in der Karlshöhe in Halver über

WAS KOMMT NUN?

Eintritt 50 Pfg. - Erwerbslose 20 Pfg.

Karten im Vorverkauf: Bei den Parteimitgliedern und in den Zigarrengeschäften Piepenstock u. Schilling.

— Saalöffnung 7 Uhr —

N. S. D. A. P. Ortsgruppe Halver.

Amt Lüdenscheid.

Aus Sparsamkeitsgründen und infolge Personalverminderung bei der Amtsverwaltung muß **der Geschäftsbetrieb der Verwaltungszweigstelle in Klagebach eingeschränkt werden. Ab 2. Mai d. Js. finden nur noch Mittwochs u. Freitags v. 14½—18 Uhr Sprechstunden statt. Das Meldeamt der Gemeinde Hülscheid wird in das Amtshaus zu Lüdenscheid verlegt.**

Der Bürgermeister

Amt Lüdenscheid.

Bis zum Empfang der Steuerzettel für das Rechnungsjahr 1932 sind die staatliche Steuer vom Grundvermögen und die Gemeindegrundsteuer in der gleichen Höhe wie im Rechnungsjahr 1931, die Hauszinssteuer nach Abzug von 15%, an den Fälligkeitsterminen zu zahlen. Auf die Gewerbeertragsteuer sind bis zum 15. Mai 1932 Vorauszahlungen in der gleichen Höhe der bisherigen Zahlungen zu leisten.

Der Bürgermeister des Amtes.



Die neue Mercedes Kleinschreibmaschine

Leicht im Gewicht
Niedrig im Preis
Groß in der Leistung

Prospekt 1306 bereitwilligst

Mercedes Büromaschinen-Werke A.-G., Zella-Mehlis in Thüringen.

Händler gesucht.



Buchhandlung Wilh Bell jr., Halver i. W.

Amts-Sparkasse Halver

gegr. 1843

Hauptstelle Halver. Zweigstelle Schalksmühle.

Gebt Eure Gelder über die heimische Sparkasse der heimischen Wirtschaft.

Neue ermäßigte Anzeigenpreise

für den

‚Personal-Anzeiger des Daheim'

Unsere Geschäftsstelle **Halver Kirchstr. 5,** vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote jetzt nur 90 Pfg.
Stellen-Gesuche . . jetzt nur 67 Pfg.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 M. für d. Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Die Geschäftsstelle des

Allg. Anzeiger, Halver.

Landwirtschaftl. Verein Halver.

Die neuen

Einheitswerte der Landwirtschaft

liegen auf dem **Amte Halver** zur Einsicht offen bis zum 19. Mai, die Einspruchspflicht läuft bis zum 19. Juni ds. Jhrs.

Ferner weisen wir darauf hin, daß unsere Mitglieder mit einem Viehbestande unter 10 Stck. durch uns dem

Tuberkulose-Tilgungsverfahren in Münster versichern können zum Preise von 1,50 Mark pro Stück.

Der Vorstand.

Habe am **Donnerstag** hochtragende



Kühe

zum Verkauf und Tausch stehen.

W. Schoppmann, Linge b. Marienhei de

Mütterberatungsstunde

finden statt am **Mittwoch, den 4. Mai 32,** nachm. 2½ Uhr bei **Frommann in Carthausen u.** ab 4 Uhr bei **Geschwister Fasbender in Halver.**

Der Bürgermeister.

2od. 3 Zimmer-Wohnung

in der Nähe des Ortes Halver zu vermieten.

Wo, zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halver.

Guteingeführter

Vertreter

von Rollen-Papier-Fabrik gegen hohe Provision

gesucht.

Angebote unter **F 300** an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten.

Kohlepapier Farbbänder

vorrätig

Wilh. Bell jr., Halver.

LUHNS Wasch-Extrakt

Paket 23 Pfg.

Der starke Helfer beim Hausputz!